

25. Ordentliche Bundesversammlung

15. Oktober 2005, Weser-Ems Halle Oldenburg

Beschluss

Gegen das Abenteuer Atomkraft: Wiedereinstieg – Nein Danke !

Mit dem Zustandekommen der großen Koalition in Berlin wächst die Gefahr, dass der unter Rot-Grün mühsam errungene Ausstieg in den Atomausstieg zu Disposition gestellt und in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Für die CDU war und ist Atomkraft ein favorisierter Bestandteil ihres energiepolitischen Konzepts. Sie hat sich ausdrücklich für die Verlängerung der Laufzeiten und für eine Änderung des geltenden Atomgesetzes ausgesprochen. Die SPD wird in der Frage des Atomausstiegs und der Energiewende beweisen müssen, ob sie zu Ihren Beschlüssen steht.

Atomkraft ist nicht zu verantworten,

- weil die Unfallrisiken nicht ausgeschlossen werden können
- weil zivile und militärische Nutzung sich nicht trennen lassen
- weil sie einen Umstieg zu Erneuerbaren, Energieeffizienz und Einsparung blockiert
- weil die Entsorgungsfrage atomaren Mülls weltweit ungelöst ist.

Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, dass die mit der Energiewirtschaft ausgehandelte Ausstieg vertragsgemäß eingehalten wird und die Atomkraftwerke nach dem Ende ihrer Laufzeit, wie im Atomgesetz vorgesehen, vom Netz gehen

Eine Übertragung von Laufzeiten von neueren auf Altanlagen darf es nicht geben.

Der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft muss Bestand haben, die seit dem 01. Juli 2005 verbotenen Transporte in die Wiederaufarbeitung dürfen nicht wieder aufgenommen werden.

Der Baustopp in Gorleben darf nicht rückgängig gemacht werden. Vor dem Abschluss eines Endlagerauswahlverfahrens darf es keine weiteren Festlegungen geben.

Die Castortransporte müssen minimiert und innerdeutsche Transporte in die Zwischenlager Ahaus und Gorleben müssen unterbleiben.

Wir lehnen den Export von Atomtechnologie ins Ausland ab.

Und wir wenden uns gegen die weitere staatliche Finanzierung der Forschungen zur Kernfusion.

Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, dass das wegen der Neuwahlen nicht mehr zur Beratung gekommene Endlagersuchgesetz vom neuen Bundestag verabschiedet und zur Grundlage einer neuen, vergleichenden bundesweiten Standortsuche wird.

Eine vorzeitige Festschreibung des Standortes Gorleben und des Schacht Konrad darf es nicht geben.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen weiterhin die Proteste anlässlich der Atomtransporte ins Wendland und rufen auf zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration am Samstag, dem 5. November 2005, in Lüneburg.